

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Nicole Höchst, Dr. Götz Frömming, Dr. Michael Kaufmann, Martin Reichardt, Norbert Kleinwächter, Barbara Lenk, Matthias Moosdorf, Martin Erwin Renner und der Fraktion der AfD

Die Erforschung struktureller Probleme des sogenannten Patriarchats und deren empirische Gehalte

In einem Interview mit dem „Tagesspiegel“ am 6. März 2023 erklärte Lisa Paus, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die mit Blick auf ihr Bundesministerium (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – BMFSFJ) „lieber vom Gesellschaftsministerium“ sprechen würde und sich selbst als „klare Feministin“ einstuft, wir lebten „nach wie vor“ in einem „Patriarchat“, „von dem wir uns verabschieden“ müssten (alle Zitate: www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/reden-und-interviews/lisa-paus-wir-leben-nach-wie-vor-im-patriarchat--222218, letzter Zugriff: 17. März 2023). Dieses „Patriarchat“ sei durch „Ungleichheit und Diskriminierung“ geprägt, die kein „individuelles“, sondern ein „strukturelles Problem“ darstellten. Die Bundesministerin erklärte weiter, dass für sie das „Patriarchat“ vorbei sei, „wenn Frauen ökonomisch und politisch gleichgestellt“ seien und Frauen „die Hälfte der Macht“ gehörte (ebd.).

Dem „Antifeminismus“ liege die „Vorstellung zugrunde“, „dass Frauen in einer so genannten ‚natürlichen Ordnung‘ Männern untergeordnet“ seien (ebd.). Diese Überzeugung knüpfe „an Rassismus und Rechtsextremismus als Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ an, „die auch nicht alle Menschen als gleichwertig“ anerkennt (ebd.).

Die Fragesteller entnehmen diesen Äußerungen, dass trotz aller ausgebauten frauenpolitischen Fördermaßnahmen und der Gleichstellungspolitik in Gestalt des „Gender Mainstreaming“ – eine mit Mitteln des BMFSFJ geförderten Studie sprach in diesem Zusammenhang sogar von „Staatsfeminismus“ (Genderforschung und die neue Governance der Wissenschaft: Stand und Perspektiven. Forschungsergebnisse und Handlungsempfehlungen, S. 3, Hildesheim, März 2016) – Frauen immer noch diskriminiert und ungleich behandelt werden, und zwar in einem Maße, das auf ein „strukturelles Problem“ schließen lassen soll.

Für die Fragesteller ist es aus diesen Gründen von Interesse, auf welche empirischen Belege, Forschungsergebnisse und Studien die Bundesministerin ihre Aussagen stützt.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Kann die Bundesregierung konkretisieren, was genau sie meint, wenn sie mit Blick auf die gesellschaftliche Organisation Deutschlands von einem „Patriarchat“ spricht, und wenn ja, an welchen Kriterien macht die Bundesregierung dieses „Patriarchat“ fest (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?
2. Basiert das Verständnis des Begriffs „Patriarchats“, das die Bundesregierung vertritt (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller), auf Forschungsergebnissen, in denen dessen empirischer Gehalt dimensioniert worden ist (siehe Vorbemerkung)?
 - a) Wenn ja, kann die Bundesregierung diese Forschungsergebnisse benennen (bitte die wesentlichen Ergebnisse dieser Forschungsprojekte auflisten)?
 - b) Wenn nein, worauf stützt die Bundesregierung dann ihre Auffassung, dass „wir nach wie vor“ in einem „Patriarchat“ lebten (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?
3. Woran genau macht die Bundesregierung die „strukturellen Probleme“ in Gestalt von „Ungleichheit“ und „Diskriminierung“ fest, die das „Patriarchat“, „in dem wir nach wie vor leben“, aufwirft (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller, bitte hier Beispiele für „Ungleichheit“ und „Diskriminierung“ nennen, die auf „strukturelle Probleme“ verweisen)?
4. Kann die Bundesregierung typische „patriarchale Denk- und Verhaltensmuster“ nennen (siehe Vorbemerkung der Fragesteller), und wenn ja, welche Forschungsergebnisse haben nach Kenntnis der Bundesregierung diese „Denk- und Verhaltensmuster“ evident gemacht (diese Ergebnisse bitte kurz nennen und erläutern)?
5. Ist der Bundesregierung die Auffassung der feministischen Vernunftkritik bekannt, nach der „das rationale Subjekt, das auch in der modernen Philosophie als Grundprinzip der Erkenntnis und Moral gilt, in Abgrenzung zur Natur und Sinnlichkeit und damit zur Weiblichkeit definiert“ werde (Ursula I. Meyer [1997]: Einführung in die feministische Philosophie, München, S. 34 f.), und hat sie sich ggf. eine eigene Auffassung dazu gebildet?
 - a) Wenn ja, sieht die Bundesregierung hierin einen Beitrag, um die „strukturellen Probleme“, die mit dem „Patriarchat“ verbunden seien (siehe Vorbemerkung der Fragesteller), zu überwinden?
 - b) Wenn ja, was folgt aus Sicht der Bundesregierung aus diesem Befund in Hinsicht auf die Grundprinzipien von Erkenntnis und Moral, insbesondere vor dem Hintergrund, dass für Frauen „aus dieser Situation“ heraus „Schwierigkeiten mit der patriarchal geprägten Vernunft“ entstehen sollen (Meyer, ebd., bitte auch angeben, wo genau die Bundesregierung „Schwierigkeiten von Frauen mit der patriarchal geprägten Vernunft“ sieht, und ob sie Forschungsprojekte in Auftrag gegeben hat, die diese „Schwierigkeiten“ untersuchen)?
 - c) Kann die Bundesregierung, sofern sie die Befunde der feministischen Vernunftkritik nicht teilt, Gründe dafür angeben, warum die Vernunft nicht „patriarchal“ geprägt ist (bitte auch angeben, ob die Bundesregierung hierzu Forschungsprojekte in Auftrag gegeben hat)?

6. Hat die Bundesregierung vor dem Hintergrund der vorhergehenden Frage Kenntnis von den Bestrebungen der feministischen Standpunkttheorien, die die Wissenschaft als „traditionell männlich, weiss [sic] und bürgerlich dominiert“ kategorisieren und ihr ein „alternatives Verständnis von Objektivität“ entgegenzusetzen trachten (www.gendercampus.ch/de/hochschule/n/studium-und-forschung/studium/gesamtschweizerisches-vorlesungsverzeichnis/vorlesung/feministische-standpunkttheorie, letzter Zugriff: 17. März 2023)?
 - a) Kann die Bundesregierung, wenn sie hiervon Kenntnis hat, ausführen, worin dieser Beitrag besteht, und welche Maßnahmen die Bundesregierung bisher eingeleitet hat, um ein „alternatives Verständnis von Objektivität“ zu fördern (bitte ggf. ausführen)?
 - b) Wenn ja, sieht die Bundesregierung in diesen Bestrebungen einen Beitrag, um die „strukturellen Probleme“, die mit dem „Patriarchat“ verbunden sind (siehe Vorbemerkung der Fragesteller), zu überwinden?
7. Besteht aus Sicht der Bundesregierung ein Zusammenhang mit dem „Patriarchat“, „in dem wir nach wie vor leben“, und der staatlichen Frauenförderpolitik (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?
 - a) Wenn ja, kann die Bundesregierung angeben, aufgrund welcher Überlegungen das „Patriarchat“, „in dem wir nach wie vor leben“, die staatlich betriebene Frauenförderpolitik notwendig macht (bitte die Gründe nennen, warum die Bundesregierung dieser Auffassung zustimmt)?
 - b) Wenn nein, warum sieht die Bundesregierung hier keinen Zusammenhang, dennoch aber die Notwendigkeit staatlicher Frauenförderpolitik?
8. Trifft vor dem Hintergrund der vorhergehenden Frage die Deutung der Fragesteller zu, dass erst dann die Notwendigkeit staatlicher Frauenförderpolitik entfallen soll, wenn es keine Männer und damit potenzielle „patriarchale Denk- und Verhaltensmuster“ mehr gibt (www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/reden-und-interviews/lisa-paus-wir-leben-nach-wie-vor-im-patriarchat--222218, letzter Zugriff: 20. März 2023)?
 - a) Wenn ja, wie begegnet die Bundesregierung in diesem Fall dem Vorwurf einer gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im Hinblick auf Männer?
 - b) Wenn nein, kann die Bundesregierung angeben, wann genau es keiner staatlichen Frauenförderpolitik mehr bedarf?
9. Kann aus der Aussage der Bundesregierung, dass das „Patriarchat“ dann „vorbei“ sei, wenn Frauen „ökonomisch und politisch gleichgestellt“ wären und die „Hälfte der Macht den Frauen“ gehöre, geschlossen werden, dass das Instrument zur Erreichung dieser Ziele aus Sicht der Bundesregierung die Durchsetzung einer Frauenquote von 50 Prozent in allen gesellschaftlichen Bereichen ist (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?
 - a) Wenn ja, muss daraus geschlossen werden, dass die Bundesregierung allein individualbezogene Gerechtigkeitskriterien für obsolet hält und stattdessen eine Gleichverteilung auf Basis eines Kollektivs präferiert, in diesem Fall der Geschlechtszugehörigkeit (bitte auch ausführen, ob die Bundesregierung in diesem Zusammenhang der Auffassung zustimmt, dass bei diesem Vorgehen eine „positive Diskriminierung“ von Männern in Kauf genommen werden muss, was gegen das individualrechtlich ausgerichtete Grundgesetz verstößt [www.mens-mental-health.de/diskriminierung-von-maennern/, letzter Zugriff: 17. März 2023]; Harald Schulze-Eisentraut u. a. [Hrsg.] [2017]: Die Quotenfalle. Warum Genderpolitik in die Irre führt, München, S. 15)?

- b) Wenn nein, kann die Bundesregierung ausführen, wie sie dann ökonomische und politische Gleichstellung zugunsten von Frauen herstellen will (bitte ausführen)?
10. Kann die Bundesregierung darlegen, was sie unter Antifeminismus versteht?
- a) Wenn ja, auf welche Forschungsergebnisse bezieht sich die Bundesregierung bei ihrem Begriff von Antifeminismus (diese Forschungsergebnisse bitte benennen und deren wesentliche Gehalte darstellen)?
- b) Wenn nein, wie begründet die Bundesregierung in diesem Fall ihren Begriff von Antifeminismus?
11. Auf welche Forschungsergebnisse bezieht sich die Bundesregierung, wenn sie darauf verweist, dass „Antifeminismus“ „mehr als eine kritische Haltung gegenüber dem Feminismus“ sei (bitte diese Forschungsergebnisse nennen und kurz die wesentlichen Punkte darstellen), wenn es hierzu keine Forschungsergebnisse gibt, wie begründet die Bundesregierung dann ihre Auffassung?
12. Kann die Bundesregierung Forschungsergebnisse nennen, die belegen, dass dem Antifeminismus die Vorstellung zugrunde liege, dass Frauen „in einer sogenannten ‚natürlichen Ordnung‘ Männern untergeordnet“ seien (www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/reden-und-interviews/lisa-paus-wir-leben-nach-wie-vor-im-patriarchat--222218, letzter Zugriff: 17. März 2023)?
- a) Wenn ja, welche Forschungsergebnisse sind das im Einzelnen (bitte deren wesentliche Ergebnisse nennen)?
- b) Wenn nein, mit Verweis auf welche Erkenntnisse genau begründet die Bundesregierung in diesem Fall ihre Auffassung (diese Erkenntnisse bitte im Einzelnen kurz darstellen)?
13. Hat die Bundesregierung Erhebungen darüber in Auftrag gegeben, die darüber Aufschluss geben, in welcher Form „antifeministische Diskurse ein Einfallstor in extremistisches Denken“ sein können, weil sie sich laut Bundesprogramm „Demokratie leben!“ „mit Rassismus, Antisemitismus, klassischem Sexismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ verbänden und diese verstärkten (www.demokratie-leben.de/magazin/magazin-details/antifeminismus-begegnen-demokratie-staerken-121, letzter Zugriff: 20. März 2023)?
- a) Wenn ja, kann die Bundesregierung diese Erhebungen nennen (bitte auch deren wesentliche Ergebnisse nennen)?
- b) Wenn nein, warum hat die Bundesregierung hier keine eigenen Erhebungen in Auftrag gegeben (bitte die Gründe hierfür im Einzelnen nennen)?
14. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, welche Forschungsvorhaben untermauern, dass sich Antifeminismus „aktuell“ „in einem neuen Gewand als Anti-Gender-Mobilisierung“ zeigen soll (www.demokratie-leben.de/magazin/magazin-details/antifeminismus-begegnen-demokratie-staerken-121, letzter Zugriff: 17. März 2023)?
- a) Wenn ja, welche sind dies (diese Forschungsvorhaben bitte nennen und deren wesentliche Ergebnisse aufführen)?
- b) Wenn nein, wie beurteilt die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die auf den Internetseiten des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ erhobenen Aussagen?

15. Hat die Bundesregierung mit Blick auf Einlassungen, die sich auf den Netzseiten vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ finden, eine Studie darüber in Auftrag gegeben, wer gegen die „Gender Studies und Geschlechterforschung als angebliche ‚Gender-Ideologie‘ mobilisiert“ und ein „antimodernes, heteronormatives, rechts-konservatives bis extrem rechtes Weltbild“ teilt, das „eng mit anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen wie Rassismus oder Antisemitismus verbunden“ sei (www.demokratie-leben.de/magazin/magazin-details/antifeminismus-begegnen-demokratie-staerken-121, letzter Zugriff: 20. März 2023)?
- Wenn ja, welche Studie ist dies (bitte die wesentlichen Erkenntnisse dieser Studie darlegen und erläutern)?
 - Wenn nein, warum hat die Bundesregierung bisher eine derartige Studie nicht in Auftrag gegeben?
16. Teilt die Bundesregierung die auf den Netzseiten vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ erhobene Auffassung, dass die „Ablehnung von Gender eine Brücke in die Mitte der Gesellschaft, in das konservative Milieu hinein“ sei, die „die schleichende Erosion feministischer und gleichstellungspolitischer Werte und Errungenschaften“ unterstütze (www.demokratie-leben.de/magazin/magazin-details/antifeminismus-begegnen-demokratie-staerken-121, letzter Zugriff: 20. März 2023)?
- Wenn ja, hat die Bundesregierung eine Studie in Auftrag gegeben, die diese Auffassung stützt (bitte die wesentlichen Ergebnisse dieser Studie kurz darstellen)?
 - Wenn nein, aufgrund welcher Erkenntnisse kommt die Bundesregierung zu einer zur obigen Auffassung abweichenden Einschätzung (sofern diese abweichende Einschätzung auf einer in Auftrag gegebenen Studie beruht, die wesentlichen Ergebnisse dieser Studie bitte nennen)?
17. Hat die Bundesregierung eine Studie in Auftrag gegeben, die sich mit den Wechselwirkungen zwischen Feminismus und Antifeminismus beschäftigt, und zwar dergestalt, dass ein immer radikaler werdender Feminismus – der sich aktuell z. B. in der Stigmatisierung „alter, weißer Männer“ äußert – auch eine Radikalisierung auf Seiten des Antifeminismus nach sich zieht (vgl. z. B. Norbert Bolz [2023]: Der alte, weiße Mann. Sündenbock der Nation, München)?
- Wenn ja, kann die Bundesregierung nähere Angaben zu dieser Studie machen (bitte auch angeben, ob in dieser Studie auch die gesellschaftspaltenden Konsequenzen des Radikalfeminismus thematisiert werden)?
 - Wenn nein, warum hat die Bundesregierung hierzu keine Studie in Auftrag gegeben?
18. Erblickt die Bundesregierung in der in der vorhergehenden Frage angesprochenen Stigmatisierung „alter, weißer Männer“ eine Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit?
- Wenn ja, hat die Bundesregierung hierzu einer Studie in Auftrag gegeben (bitte auch angeben, zu welchen Ergebnissen diese Studie kam, und ob die Bundesregierung Maßnahmen gegen diese Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu ergreifen gedenkt)?
 - Wenn nein, warum nicht?

19. Hat die Bundesregierung zu den Gründen der Überrepräsentanz von Männern in sozialen Randgruppen (z. B. bei Wohnungslosen, Suchtkranken, Strafgefangenen etc.; vgl. Michael Klein: Männer brauchen keinen Feminismus – die meisten Frauen auch nicht, Teil 2, www.manndat.de/geschlechterpolitik/maenner-brauchen-keinen-feminismus-die-meisten-frauen-auch-nicht-teil-2.html, letzter Zugriff: 20. März 2023), die der These von dem („privilegierten“) „Patriarchat“, „in dem wir nach wie vor leben“ widerspricht, eine Studie in Auftrag gegeben (bitte auch ausführen, welche Maßnahmen die Bundesregierung ergriffen hat, um dieser Überrepräsentanz von Männern entgegenzuwirken)?
- Wenn ja, welche Studie ist das, und zu welchen Ergebnissen kam sie?
 - Wenn nein, warum hat die Bundesregierung hierzu keine Studie in Auftrag gegeben?
20. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der Auffassung, die vor dem Hintergrund der vorhergehenden Frage der Überrepräsentanz von Männern in sozialen Randgruppen kritisiert, dass die gleichstellungspolitische Agenda im Hinblick auf Frauen vor allem darauf ausgerichtet sei, deren Anteil bei herausgehobenen und privilegierten Führungspositionen zu steigern (vgl. Michael Klein: Männer brauchen keinen Feminismus – die meisten Frauen auch nicht, Teil 2, www.manndat.de/geschlechterpolitik/maenner-brauchen-keinen-feminismus-die-meisten-frauen-auch-nicht-teil-2.html, letzter Zugriff: 20. März 2023), und wenn ja, hat sich die Bundesregierung zu dieser Auffassung ein eigenes Urteil gebildet und wie lautet dieses ggf. (bitte auch auf das Argument eingehen, das bemängelt, dass in der Gleichstellungspolitik des Bundes kein „Steuerungsmechanismus gegen die Überkompensation der privilegierten Positionen mit Frauen“ [Prof. Dr. Michael Klein] vorgesehen sei)?
21. Sieht die Bundesregierung in der massiven Zuwanderung von vorwiegend jungen Männern aus „patriarchalisch geprägten Ländern“ (www.tagesspiegel.de/politik/zuwanderer-muessen-akzeptieren-dass-frauen-respektspersonen-sind-5522341.html, letzter Zugriff: 20. März 2023) seit 2015 die Gefahr einer Verfestigung der „strukturellen Probleme“, die das „Patriarchat“ aufwirft, „in dem wir nach wie vor leben“ (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?
- Wenn ja, kann die Bundesregierung darlegen, welche Maßnahmen sie ergriffen hat, um diesen männlichen Zuwanderern aus „patriarchalisch geprägten Ländern“ deutlich zu machen, dass ihre kulturellen Prägungen Ausdruck eines „strukturellen Problems“ sind, das in Deutschland überwunden werden soll (bitte diese Maßnahmen im Einzelnen darstellen und erläutern)?
 - Wenn nein, kann die Bundesregierung darlegen, warum sie in dieser Zuwanderung von jungen Männern aus „patriarchalisch geprägten Ländern“ keine Stärkung des „Patriarchats“ sieht?
22. Hat die Bundesregierung vor dem Hintergrund der massiven Zuwanderung von vorwiegend jungen Männern aus „patriarchalisch geprägten Ländern“ (Julia Klöckner), worunter nach Auffassung der Fragesteller wohl vor allem islamische Länder fallen, eine Studie in Auftrag gegeben, die antifeministisches Denken in diesen Zuwandererkreisen zu evaluieren versucht (www.tagesspiegel.de/politik/zuwanderer-muessen-akzeptieren-dass-frauen-respektspersonen-sind-5522341.html, letzter Zugriff: 20. März 2023)?

- a) Wenn ja, welche Ergebnisse hat diese Studie erbracht (bitte auch darlegen, welche Maßnahmen die Bundesregierung im Nachgang zu dieser Studie ggf. ergriffen hat)?
- b) Wenn nein, kann die Bundesregierung Gründe dafür angeben, warum sie keine Studie in Auftrag gegeben hat?
23. Hat die Bundesregierung Forschungsvorhaben in Auftrag gegeben, die Erhebungen darüber anstellen, ob und inwieweit bei den vorwiegend jungen, zugewanderten Männern aus „patriarchalisch geprägten Ländern“ die Vorstellung verfestigt ist, „dass Frauen in einer so genannten ‚natürlichen Ordnung‘ Männern untergeordnet“ seien (www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/reden-und-interviews/lisa-paus-wir-leben-nach-wie-vor-im-patriarchat--22218, letzter Zugriff: 20. März 2023)?
- a) Wenn ja, kann die Bundesregierung hierzu bereits Ergebnisse derartiger Forschungsvorhaben nennen (bitte ggf. auch darauf eingehen, ob seitens der Bundesregierung bereits Konsequenzen aus diesen Forschungsvorhaben gezogen wurden)?
- b) Wenn nein, warum hat die Bundesregierung bisher keine derartigen Forschungsvorhaben in Auftrag gegeben?
24. Hat die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Orientierung der vorwiegend jungen, zugewanderten Männer aus „patriarchalisch geprägten Ländern“ Initiativen ergriffen, um deren Zuwanderung nach Deutschland zumindest einzudämmen (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?
- a) Wenn ja, welche Initiativen sind das, und welche Ergebnisse haben sie erbracht?
- b) Wenn nein, warum hat die Bundesregierung hier keine Initiativen ergriffen?
25. Trifft die Einschätzung der Fragesteller – sofern der Bundesregierung dazu Informationen vorliegen – zu, dass die Einrichtung der „Meldestelle Antifeminismus“ (www.antifeminismus-melden.de, letzter Zugriff: 20. März 2023) durch die Amadeu Antonio Stiftung auch eine Reaktion auf die massive Zuwanderung von vorwiegend jungen Männern aus „patriarchalisch geprägten Ländern“ und deren antiemanzipatorische resp. „patriarchale“ kulturelle Prägung ist?
- a) Wenn ja, hat die Bundesregierung mit Blick auf diese „Meldestelle“ bereits Kenntnis von einschlägigen Auswertungen (bitte die Ergebnisse dieser Auswertungen im Einzelnen ausführen)?
- b) Wenn nein, kann die Bundesregierung angeben, welchen primären Grund die Einrichtung dieser Meldestelle dann hat (bitte ggf. die Gründe im Einzelnen anführen)?
26. Plant die Bundesregierung in den „patriarchal“ geprägten migrantischen „communities“ in Deutschland mit Blick auf die „Meldestelle Antifeminismus“ eine gesonderte Aufklärungskampagne, die dort explizit auf die Möglichkeit hinweist, „antifeministische Vorfälle“ (www.antifeminismus-melden.de/vorfall-melden/, letzter Zugriff: 20. März 2023) zu melden?
- a) Wenn ja, wann ist mit dem Start dieser Aufklärungskampagne zu rechnen (bitte hier auch das Budget nennen und welche Mittel und Wege – z. B. die Einbeziehung von Moscheevereinen als Partner im Hinblick auf Kommunikation, Beratung und Bildung – geplant werden, um diese Kampagne möglichst effektiv zu gestalten)?
- b) Wenn nein, kann die Bundesregierung Gründe dafür nennen, warum an eine derartige Aufklärungskampagne nicht gedacht ist?

27. Welche Initiativen hat die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration bzw. die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus bisher ergriffen, um das Thema Antifeminismus und die damit verbundenen „menschenfeindlichen Botschaften“ (www.antifeminismus-melden.de/antifeminismus/, letzter Zugriff: 20. März 2023) in den „patriarchal“ geprägten migrantischen „communities“ zu kommunizieren (bitte diese Initiativen nennen und auch darstellen, auf welche Resonanz diese Initiativen in den „patriarchal“ geprägten migrantischen „communities“ – so z. B. bei den Moscheevereinen – gestoßen sind)?
28. Erwägt die Bundesregierung die Einrichtung einer Meldestelle, die misandrische Bestrebungen, z. B. in Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gegen Männer allgemein, wie sie z. B. in dem Buch „Ich hasse Männer“ (Pauline Harmange, Hamburg 2020) manifest geworden sind, sichtbar und meldbar macht?
- Wenn ja, kann die Bundesregierung angeben, wann mit der Einrichtung einer derartigen Meldestelle zu rechnen ist, und ob sie analog zur „Meldestelle Antifeminismus“ gestaltet werden soll?
 - Wenn nein, kann die Bundesregierung angeben, warum sie hier bisher keine Initiative ergreifen will?
29. Plant die Bundesregierung vor dem Hintergrund der vorhergehenden Frage analog zum Projekt „Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken“ eine Initiative mit dem Thema „Misandrie begegnen – Demokratie stärken“?
- Wenn ja, kann die Bundesregierung angeben, wann diese Initiative startet, an wen sie sich richtet, und welche wesentlichen Inhalte sie hat?
 - Wenn nein, kann die Bundesregierung darlegen, aus welchen Gründen sie keine derartige Initiative plant?

Berlin, den 12. Mai 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion